

Henning Lobin

DUDEN

SPRACH KAMPF

Wie die
Neue Rechte
die deutsche
Sprache
instrumentalisiert

Henning Lobin

Sprachkampf

Wie die Neue Rechte die deutsche
Sprache instrumentalisiert

Henning Lobin

Sprachkampf

Wie die Neue Rechte die deutsche
Sprache instrumentalisiert

Dudenverlag
Berlin

INHALT

Vorwort	9
1 »Ein Wort – ... ein Flammenwurf«	11
<i>Sprache und Politik</i>	13
<i>Der Rechtschreibrat tagt</i>	14
<i>Warum Sprachkämpfe interessant sind</i>	17
<i>Was Sie in diesem Buch erwartet</i>	19
2 Sprachschlachten	22
<i>Der Kampf gegen Fremdwörter</i>	23
<i>»Deutsch ins Grundgesetz!«</i>	24
<i>Die AfD beantragt die Grundgesetzänderung</i>	26
<i>»Sprachliche Diskriminierung« – Deutsch in der EU</i>	28
<i>Die Rechtschreibreform von 1996</i>	31
<i>Der Rechtschreibkampf geht in die Verlängerung</i>	33
<i>»Politische Korrektheit« oder Rücksichtnahme?</i>	36
<i>Ein Leitfaden der Berliner Senatsverwaltung</i>	39
<i>Weitere Sprachschlachten</i>	42
3 Das Schlachtfeld »geschlechtergerechtes Deutsch«	45
<i>Worum es geht</i>	45
<i>Kritik an geschlechtergerechter Sprache</i>	48

	<i>Warum das Thema so präsent ist</i>	49
	<i>Generisches Femininum in Gesetzestexten</i>	52
	<i>Ist der Genderstern ein Rechtschreibfehler?</i>	55
	<i>Aufrufe ...</i>	58
	<i>... und Umfragen</i>	62
	<i>Anne Will gendert und Claus Kleber auch</i>	64
4	Ein Kampfverband: Der »Verein Deutsche Sprache«	67
	<i>Eine Beilage in »Forschung & Lehre«</i>	67
	<i>Der VDS legt nach</i>	71
	<i>Was für ein Verein ist der VDS?</i>	72
	<i>Der Brief eines Wütenden</i>	75
	<i>Die Pressearbeit des VDS</i>	79
	<i>Unterstützungsnetzwerke</i>	82
	<i>Der Kampfgeist des Vereins</i>	85
	<i>Wer ist eigentlich der Gegner?</i>	89
	<i>Gute und böse Sprachpolizei</i>	93
5	Das Parlament	
	als Aufmarschgebiet der AfD	96
	<i>Die AfD und der Aufruf gegen »Genderunfug«</i>	96
	<i>Die »Wiedereinführung des generischen Maskulinums« und andere Anträge</i>	98
	<i>Deutsch in der EU und in der Wissenschaft</i>	102
	<i>Über das Recht, das N-Wort sagen zu dürfen</i>	105
	<i>Der Duden, »eine Ideologiehilfe zur Durchsetzung linker Politik«</i>	107
	<i>Ein Blick ins Grundsatzprogramm der AfD</i>	110
	<i>Sprachpolitik bei anderen Parteien</i>	114
	<i>Der VDS und die Parteien</i>	117
	<i>Was ist der VDS für die AfD?</i>	122

6 Sprachkampf – identitäre Politik mit anderen Mitteln	125
<i>Kulturelle »Identität« – Patriotismus für das Bildungsbürgertum</i>	125
<i>Sprachnationalismus bis 1945</i>	128
<i>Von kultureller Identität zu identitärer Sprachpolitik</i>	130
<i>Elemente einer identitären Sprachpolitik</i>	134
7 Frontbesichtigung: Spaziergang durch ein umkämpftes Biotop	137
<i>Metaphern für Sprachideologien</i>	137
<i>Das Biotop als Sprachmetapher der Wissenschaft</i>	139
<i>Einige Vorschläge: Geschlechtergerechte Sprache</i>	141
<i>Sollte der Genderstern Teil der amtlichen Rechtschreibung sein?</i>	144
<i>Noch einmal: »Deutsch ins Grundgesetz«</i>	146
<i>Deutsch in der EU</i>	149
<i>Wissenschaft und Anglizismen</i>	152
<i>Ein Wort zu sprachlicher Inzivilität</i>	155
8 Eindämmungsstrategien	157
Nachwort	163
Bibliografie	165
Anmerkungen	167
Personenregister	184

VORWORT

Vielleicht ist die Sprache das, was den Menschen selbst am deutlichsten erkennbar als ein gemeinsamer Besitz gehört. Weil die Sprache, die in einem Land oder einer Region verwendet wird, von allen, indem sie sprechen oder schreiben, immer wieder reproduziert und dabei nach und nach auch verändert wird, kann man sie als eine Manifestation gesellschaftlichen Handelns, ja der Gesellschaft überhaupt verstehen. Das mag die Heftigkeit erklären, mit der öffentliche Debatten zu sprachlichen Themen häufig geführt werden. Zugleich verweisen solche Debatten – »Sprachkämpfe« nenne ich sie in diesem Buch – immer auch über das Sprachliche hinaus auf strittige Fragen in Gesellschaft und Politik überhaupt.

Das jedenfalls ist mein Eindruck von den Debatten, die ich in den letzten Jahren miterlebt habe. Es ist oftmals geradezu mit den Händen zu greifen, dass es den Beteiligten nicht nur um die Sprache als solche geht, sondern um das, was mit ihr und durch sie ausgedrückt wird: Konstanz und Veränderung, Norm und Abweichung, Vergangenheit und Gegenwart, Zugehörigkeit, Rollen, Freiheit, Zwang, Identität. Dadurch ist in mir die Idee aufgekommen, dieses Wechselspiel bezüglich verschiedener Sprachkämpfe übergreifend zu beschreiben. Entstanden ist ein Buch, das weder ein Fachbuch ist noch ein reines Sachbuch, denn es besitzt auch essayistische Elemente, in die mei-

ne eigenen Auffassungen zu den dargestellten Themen eingeflossen sind.

Sprachkämpfe sind immer auch Kämpfe um mediale Dominanz. Neben diversen Meinungsmagazinen und Blogs im Internet und ihren Echoräumen in den sozialen Medien spielen auch überregionale Tageszeitungen eine erstaunlich kämpferische Rolle. Die berühmte journalistische Maxime, sich nicht mit einer Sache gemeinzumachen, noch nicht einmal mit einer guten, wird dabei oft genug durch notdürftig in Expertentum gehüllte Einseitigkeit vorzugsweise durch einige wenige Gastautoren ersetzt. Anstatt dass die Redaktionen Motive und Gründe für die Intensität mancher Sprachkämpfe durch eigene Recherchen aufdecken, wird ihr emotionales Potenzial offenbar als eine willkommene Gelegenheit zur Kundenbindung verstanden, was sich zuweilen in langen Strängen rein affirmativer Leserbriefe manifestiert. Dass dabei die Wiederholung des immer Gleichen seine Entsprechung findet im vom »Verein Deutsche Sprache« ausgeschriebenen Wettbewerb um den »fleißigsten Leserbriefschreiber«, scheint in manchen Redaktionen entweder nicht bekannt zu sein oder als nicht relevant für eine objektive Abbildung des Meinungsspektrums angesehen zu werden.

Das vorliegende Buch kann deshalb auch als ein Kommentar zur medialen Vermittlung strittiger sprachlicher Themen gelesen werden – und wie diese in der Rezeption eine immer stärkere politische Aufladung erfahren. Es ist zu befürchten, dass dieser Prozess noch nicht an sein Ende gekommen ist. Aber es ist zu hoffen, dass der vor allem durch die Neue Rechte geschürte Sprachkampf endlich als das wahrgenommen wird, was er ist: der eigentliche Angriff auf die deutsche Sprache.

Henning Lobin, im Januar 2021

1 »EIN WORT – ... EIN FLAMMENWURF«

*Ein Wort, ein Satz –: aus Chiffren steigen
erkanntes Leben, jäher Sinn,
die Sonne steht, die Sphären schweigen
und alles ballt sich zu ihm hin.*

*Ein Wort – ein Glanz, ein Flug, ein Feuer,
ein Flammenwurf, ein Sternenstrich –
und wieder Dunkel, ungeheuer,
im leeren Raum um Welt und Ich.*

Gottfried Benn (1941)

Manchmal genügt ein Wort, um eine Karriere zu beenden. Das Wort »Hetzjagd« war so eines. Im November 2018 veranlassete es den Bundespräsidenten dazu, den damaligen Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Vergleichbares ist immer wieder passiert in der politischen Geschichte Deutschlands. Herta Däubler-Gmelin etwa konnte nach der Bundestagswahl 2002 für die SPD nicht mehr Bundesjustizministerin bleiben, nachdem bekannt geworden war, dass sie im Wahlkampf den damaligen US-Präsidenten George W. Bush mit »Adolf Nazi« verglichen hatte. In einem ganz anderen Bereich des politischen Spektrums traf es im Frühjahr 2018 den AfD-Landesvor-

sitzenden von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, der bei einer Kundgebung im Rahmen des politischen Aschermittwochs in Deutschland lebende Türken »Kameltreiber« genannt und sie der »Vielweiberei« geziehen hatte.

Das Interessante an der Demission von Hans-Georg Maaßen war jedoch nicht der Vorgang an sich, sondern warum diese schließlich vollzogen wurde. Maaßen hatte das Wort »Hetzjagd« nämlich gar nicht benutzt. Es war in der Bewertung von Ausschreitungen am Rande tagelanger rechtsgerichteter Demonstrationen in Chemnitz aufgekommen und in der politischen Bewertung immer wieder aufgegriffen worden. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel verwendete es in einer Stellungnahme. Die Bezeichnung stützte sich auf eine kurze Videosequenz, die bei einer der Demonstrationen aufgenommen worden war. Sie zeigte, wie mehrere Männer auf zwei Asylbewerber aus Afghanistan zulaufen, um sie offenkundig einzufangen, woraufhin diese flüchten. Maaßen wandte sich gegen die Bezeichnung dieser Handlungssequenz als »Hetzjagd«, indem er auf die äußeren Umstände dessen, was eine Hetzjagd üblicherweise ausmache, hinwies. Diese sah er hier als nicht gegeben an. Seine Auslegung wurde als eine Verharmlosung der Ereignisse verstanden, wodurch nach einigen Tagen ein so großer politischer und öffentlicher Druck entstand, dass eine Abberufung unumgänglich wurde. Dass Maaßen zunächst von Bundesinnenminister Seehofer, seinem Dienstherrn, als Ersatz den Posten eines Staatssekretärs in dessen Ministerium angeboten worden war, bildet nur ein kuriozes Detail dieser Geschichte.

Der Verfassungsschutzpräsident hatte sich auf eine Auseinandersetzung um die Semantik eines Wortes eingelassen, eine Auseinandersetzung, die er nicht gewinnen konnte. Wörter, die in einer politischen Kontroverse verwendet werden, stellen

Deutungen her und sollen damit in eine Entscheidungsfindung einfließen. Die Frage, ob eine solche Deutung auch gerechtfertigt ist, beinhaltet eine politische Positionierung. Wenn sich ein Spitzenbeamter in einen Nahkampf zur Semantik eines in einer brisanten politischen Debatte verwendeten Wortes begibt, dann wird er selbst zu einem politischen Akteur. Eine solche Rolle darf der Leiter einer nachgeordneten Bundesbehörde, gerade wenn es sich um den Nachrichtendienst eines demokratischen Staates handelt, nicht spielen.

Sprache und Politik

Die Aufladung von Wörtern in der politischen Auseinandersetzung ist seit längerer Zeit einer der Gegenstände, mit denen sich die Sprachwissenschaft befasst.¹ Das als Politolinguistik bezeichnete Teilgebiet fragt nach der Rolle von Sprache in der Politik, von einzelnen Politikerinnen oder Politikern oder vom Sprechen über Politik. Besonders gut kann man dies an der Verwendung von Wörtern und Phrasen festmachen, die als Fahnenwörter (etwa »Energiewende« oder »Leistungsrente«), überparteiliche Hochwertwörter (»parlamentarische Demokratie«, »gesellschaftlicher Zusammenhalt«) oder kämpferische Schlagwörter (»Masseneinwanderung«) in Kontroversen gezielt eingesetzt werden. Selbst Wörter wie die in der Coronakrise sprichwörtlich gewordene »Öffnungsdiskussionsorgie« – ein Wort, das Angela Merkel möglicherweise eher aus dem Moment heraus gebildet hatte – können sich zum Zentrum politischer Debatten entwickeln, wenn in ihnen grundsätzliche Positionierungen besonders deutlich hervortreten.

Die Auffassung, dass Sprache ein zentrales Instrument der Politik ist, hat bereits eine lange Tradition – sowohl in der praktischen politischen Tätigkeit als auch in der Sprachwissenschaft.

Die Sprache des Nationalsozialismus wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein Gegenstand intensiver Forschung, und heute befassen sich Politikwissenschaftlerinnen wie Astrid Seville mit dem »Sound der Macht« oder aus linguistischer Sicht Thomas Niehr und Jana Reissen-Kosch mit der Sprache des Rechtspopulismus. Selbst Robert Habeck hat sich als aktiver Politiker in einem Buch mit dem Thema befasst und kommt darin zu dem Schluss: »In der Politik ist Sprache kein politisches Instrument neben anderen. Es gibt faktisch keine Politik vor und jenseits der Sprache.«²

Der Rechtschreibrat tagt

Neben der Sprache der und in der Politik ist aber auch Sprache selbst ein Gegenstand der Politik, die sogenannte »Sprachpolitik«. Sprachpolitik war nicht sonderlich präsent in der politischen Debatte der Bundesrepublik Deutschland in jüngerer Zeit, und auch nicht in Österreich. In offiziell mehrsprachigen Ländern jedoch wurden zum Teil erbitterte Auseinandersetzungen ausgefochten im Zusammenhang mit Sprachgesetzen. Geht es um mehrere Sprachen in ihrem Verhältnis zueinander, wird dies als »Sprachenpolitik« bezeichnet. Autonomiebestrebungen wie in Südtirol verdichten sich in Auseinandersetzungen zur Sprachenpolitik, und selbst im Rahmen der Europäischen Union mit ihren verbrieften Autonomierechten brechen diese immer wieder wie zuletzt in Katalonien hervor.

Aber auch in Deutschland haben sprachpolitische Themen wieder Konjunktur, und dieses Buch befasst sich mit den politischen und gesellschaftlichen Kämpfen, die um diese Themen herum ausgefochten wurden und werden. Viele dieser Kämpfe flackern immer wieder auf und finden dabei ihren Weg in

die Öffentlichkeit, andere schwelen schon so lange vor sich hin, dass der Hundertjährige Krieg vergleichsweise kurz dagegen erscheint.

Eine dieser Sprachschlachten, die sich gleich mit zwei Kampfthemen verbindet, konnte ich als Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache in vorderster Linie miterleben – und dies hat mich um eine verstörende Erfahrung reicher gemacht. Es war im Herbst 2018, als sich der Rat für deutsche Rechtschreibung zu seiner zweiten turnusmäßigen Sitzung in jenem Jahr in Passau zusammenfand. Die Geschäftsstelle des Rats ist an meinem Institut angesiedelt, und ich selbst bin Mitglied der deutschen Delegation in diesem Gremium. Die insgesamt 40 Mitglieder werden aus den sieben Ländern und Regionen entsandt, in denen Deutsch als Amtssprache fungiert: Deutschland, Österreich, Schweiz, Belgien, Luxemburg, Liechtenstein und die autonome Region Bozen-Südtirol in Italien. Der Rechtschreibrat hat die Aufgabe, das tatsächliche Rechtschreibverhalten im deutschsprachigen Raum zu verfolgen und gegebenenfalls das Regelwerk und das Wörterverzeichnis dem tatsächlichen Schreibgebrauch vorsichtig anzupassen.

Auf der Tagesordnung stand ein Thema, zu dem von der Berliner Senatskanzlei um eine Entscheidung gebeten worden war: der Genderstern. Genau genommen drehte es sich um die Frage, ob der Gebrauch des Gendersterns einen Rechtschreibfehler darstellt und, falls ja, ob der Stern dann nicht als ein Wortzeichen im amtlichen Regelwerk berücksichtigt werden soll. Der am weitesten gehende Beschlussvorschlag bestand nun darin, den Genderstern in bestimmten Bereichen lediglich zu tolerieren, ihn also keineswegs als eine Schreibmöglichkeit in das Regelwerk aufzunehmen. Nach einer intensiven Diskussion, in der es auch um die seinerzeit noch sehr geringe Verbreitung dieser Schreibweise in einigen der im Rat vertretenen

Länder ging, wurde der Beschluss gefasst, das Thema um einige Jahre zu vertagen, bis ein stabileres Gebrauchsmuster zu erkennen ist – oder eben nicht. Wegen des großen Interesses der Öffentlichkeit an diesem Thema wurde dies nach Ende der Sitzung auf einer Pressekonferenz mitgeteilt.

Man könnte meinen, dass die Nachricht einer unbestimmten Vertagung des Themas Genderstern keine besonders heftigen Reaktionen hervorrufen würde. In der Vermittlung durch die Medien war dies auch so, und viele hielten die Zurückhaltung des Rats wegen der noch sehr eingeschränkten Datenlage für eine sinnvolle Herangehensweise an dieses heikle Thema. So dachte ich auch – bis ein Brief bei mir einging, mit dem meine Verstörung begann. Der Brief bezog sich auf meine Bemerkungen bei der besagten Pressekonferenz. Sein Autor, mit vollem Namen und Adresse unterzeichnend, äußert in einer wüsten Fäkalsprache Beleidigungen, spricht von meinem »sinnentleerten Dasein«, das ihm »das Messer in der Tasche aufgehen« lasse und dass als Letzte die Nationalsozialisten in dieser Weise an der Sprache »herumdoktern« wollten.

Weitere Briefe gingen ein, oft Verlautbarungen der eigenen Meinung ohne Bezug zu dem, was wir als Anlass zu dieser Reaktion offenbar geboten hatten, zuweilen mit kaum verhüllten Drohungen versetzt und in manchen Fällen vollständig am Thema vorbeiführend. »Da Sie unsere Sprache und damit unser Gemeinwesen zerstören wollen, müssen wir Ihnen den Kampf ansagen«, hieß es in einem anderen Schreiben. Es sind nicht sehr viele derartige Briefe und Mails, die bei mir und anderen, die für den Rechtschreibrat in die Öffentlichkeit treten, eingegangen sind, weitaus weniger als das, was man von manchen Personen des öffentlichen Lebens hört. Eher muss man derartige Posteingänge wohl als einen unvermeidlichen Nebeneffekt dafür ansehen, dass sich ein Forschungsinstitut zur deutschen

Sprache ganz unvermeidlich gelegentlich auch in sprachpolitischer Hinsicht zu positionieren hat.

Weiteres findet sich in den Kommentarbereichen zu Zeitungsartikeln, sofern diese nicht vor lauter Beleidigungen und Beschimpfungen blockiert wurden, in den Kommentarbereichen zu Blogbeiträgen oder in »Rezensionen« zu Büchern auf Amazon. Auch wenn all die hinter diesen Medienangeboten stehenden Unternehmen dazu verpflichtet sind, das Netzwerkdurchsetzungsgesetz umzusetzen und eindeutig rechtswidrige Inhalte zu löschen, vermitteln die verbleibenden Schmähungen immer noch einen Eindruck von der Vehemenz der ausgetragenen Kämpfe.³

Warum Sprachkämpfe interessant sind

Ich möchte in diesem Buch einige aktuelle Sprachkämpfe betrachten – wer die Truppen sind, die hier aufeinandertreffen, wie die Frontlinien verlaufen und zu welchen Kampfhandlungen es bislang gekommen ist. Auch die Frage, warum solche Sprachkämpfe überhaupt ausgetragen werden und in welcher Beziehung sie zu übergeordneten politischen Zielen stehen, will ich ansprechen. Im zentralen Teil des Buchs werde ich die geschlechtergerechte Sprache als Beispiel heranziehen, weil sich daran gerade in letzter Zeit ein besonders heftiger und zugleich exemplarischer Kampf entzündet hat.

Dass die deutsche Sprache wieder zu einem Gegenstand der Politik geworden ist, kann zweierlei bedeuten: Entweder hat sich die Auffassung von Sprache als Teil unserer Kultur und unserer Gesellschaft geändert oder Kultur und Gesellschaft haben sich geändert und der bisher zu verzeichnende Konsens über das, was das Deutsche darin ausmacht, löst sich auf. Auf jeden Fall beinhaltet die politische Thematisierung von Sprache

auch die Vermittlung einer Auffassung davon, was Sprache ist oder sein sollte, wie sie sich wandelt oder zu schützen ist, wie sie gebraucht wird oder gebraucht werden sollte. Aus sprachwissenschaftlicher Perspektive betrachtet handelt es sich dabei um »laienlinguistische« Grundüberzeugungen, die selten als solche thematisiert werden, meistens nur indirekt zutage treten und in einer sprachpolitischen Kontroverse durchaus wirkmächtig sind.⁴ Wenn es um Sprachkämpfe geht, dann dürfen diese also nicht nur als solche betrachtet werden, sondern es ist wichtig, zu erkennen, von welchem Terrain sie ausgehen und welchen Grundüberzeugungen Geltung verschafft werden soll. Dass sich hier gerade in den letzten Jahren eine deutliche, vielleicht wachsende Kluft zu dem von der Sprachwissenschaft gezeichneten Bild von Sprache auftut, mag ein Grund dafür sein, warum sich die Sprachwissenschaft so schwer damit tut, klare Positionen in diesen Kämpfen zu beziehen.

Ein anderer Grund besteht aber auch darin, dass in der Sprachwissenschaft die Positionen, um die es in den Sprachkämpfen geht, selbst kontrovers diskutiert werden. Es gibt weder bezüglich der Rechtschreibreform noch zur geschlechtergerechten Sprache oder zur Frage, ob Deutsch ins Grundgesetz aufgenommen werden sollte, eine »einheitliche« Position – dies ist wohl auch gerade in der Wissenschaft kaum zu erwarten. Für jedes der in diesem Buch erwähnten Themen, zu denen Sprachkämpfe ausgetragen werden, gibt es wissenschaftliche Positionen pro und contra, und Kontroversen dazu werden in der Wissenschaft auch ausgetragen. Zuweilen gelangen diese bis in die Öffentlichkeit, wie es bei der Debatte um die Rechtschreibreform geschehen ist. Oftmals bleiben sie aber für Außenstehende eher unsichtbar – so ist es etwa bei der geschlechtergerechten Sprache.

Das vorliegende Buch hat keineswegs zum Ziel, diese wis-

senschaftlichen Kontroversen nachzuzeichnen. Vielmehr wird es um die *öffentlichen* Auseinandersetzungen zu verschiedenen sprachlichen Themen gehen und welchen Bezug diese zu allgemeinpolitischen Zielen und Interessen aufweisen. Die wissenschaftsinternen Auseinandersetzungen können, müssen aber nicht mit allgemeinpolitischen Auffassungen in Verbindung stehen. Manchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gelingt es, Derartiges vollständig voneinander zu trennen, andere werden, ohne es recht zu bemerken, vor den Karren übergeordneter politischer Interessen gespannt und wieder andere verbinden ihre wissenschaftlichen Auffassungen ganz bewusst mit einem allgemeinpolitischen Anliegen. In den Sprachkämpfen selbst spielen die Argumente und Positionen aus der Wissenschaft jedoch zumeist nur eine untergeordnete Rolle.

Was Sie in diesem Buch erwartet

Im vorliegenden Buch wird es zunächst um verschiedene Sprachschlachten gehen, die in den letzten Jahren ausgefochten wurden. Einige davon wie der Kampf gegen Fremdwörter oder die Rechtschreibreform besitzen bereits eine längere Geschichte, andere sind erst in jüngerer Zeit hinzugekommen. Einer davon, nämlich der, der auf dem Schlachtfeld der geschlechtergerechten Sprache ausgetragen wird, soll in einem eigenen Kapitel ausführlicher betrachtet werden. Dabei geht es weniger um die linguistische Bewertung der verschiedenen darin enthaltenen sprachlichen Fragen, als vielmehr um den öffentlichen Diskurs, der sich mit dem Thema verbindet. Dieser hat sich mittlerweile weit in die allgemeine Öffentlichkeit hinein entwickelt und eine enorme Präsenz gewonnen, sodass damit die Dynamik eines Sprachkampfs sehr gut in exemplarischer Weise dargestellt werden kann.

Das vierte Kapitel stellt den wohl stärksten Kampfverband bei dieser und anderen Sprachschlachten vor, den »Verein Deutsche Sprache« (VDS). Dem VDS ist es gelungen, über mittlerweile 25 Jahre hinweg die öffentliche Diskussion stark zu beeinflussen. Dabei hat er durch seine Diktion und seine Aktionen im Sprachkampf einen Stil etabliert, der deutliche Polarisierungen hervorruft und sich somit mehr und mehr als eine brauchbare Waffe für allgemeinpolitische Auseinandersetzungen erwiesen hat. Dieser Stil ist es, den die AfD seit ihrem Einzug in fast alle Landtage und in den Deutschen Bundestag parlamentarisch aufgreift und mit ihren politischen Zielsetzungen verbindet. Sie ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, deren Programm sprachpolitische Positionen in größerer Zahl enthält. Überall, wo sie in Parlamenten vertreten ist, äußert sie sich zu sprachlichen Themen und bringt Gesetzesinitiativen zu ihren sprachpolitischen Anliegen ein.

Warum das so ist, soll in Kapitel 6 beleuchtet werden. Der für die AfD kulturpolitisch zentrale Begriff ist der der Identität. Das Konzept einer kulturellen Identität tritt bei dieser Partei an die Stelle dessen, was in der Vergangenheit noch Nation oder Volk hieß, und identitäre Sprachpolitik wird bei ihr zu einem zentralen Mittel einer nationalidentitären Politikagenda. Die AfD hat verstanden, dass sie mit dem Thema Sprache das gemäßigte Bürgertum gewinnen kann, indem sie ihre Agenda durch Sprachpolitik wie mit einem trojanischen Pferd weit in die Gesellschaft hineinführt. Damit ist wohl erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland das Parlament zu einem sprachpolitischen Aufmarschgebiet geworden.

Die Sprachkämpfe werden nun ausgefochten, und welche Ansätze es gibt, mit so aufgeladenen Themen wie dem der geschlechtergerechten Sprache, »Deutsch ins Grundgesetz«, Deutsch in der EU oder »politischer Korrektheit« überhaupt

sachlich umzugehen, soll im 7. Kapitel erörtert werden. Das Buch endet mit Gedanken zu der Frage, wie wir das Thema Sprache in der Öffentlichkeit handhaben sollten, wie die politische Vereinnahmung der Sprache verhindert werden kann und welche Rolle die Internationalität der deutschen Sprache und die Germanistik dabei spielen. Schließlich gilt es auch, dem Erstarken einer Verschwörungstheorie Einhalt zu gebieten, dass nämlich eine »kleine Gruppe« von »Ideologen« oder »Sprachterroristen« der Mehrheit ihre Meinung aufzwingen wolle, und zwar eine Gruppe, zu deren Abwehr nahezu alle Mittel recht sind.

Wenn Sie als Leserin oder als Leser nach der Lektüre dieses Buchs nachvollziehen können, warum das öffentliche Reden über Sprache fast nie einfach nur ein Reden über Sprache ist, sondern Sprache dabei als ein Vehikel für grundlegende gesellschaftliche und politische Interessen fungiert, dann ist für mich das Anliegen, das ich mit diesem Buch verbinde, erreicht.

Die Rechtschreibreform von 1996

Wenn es in diesem Kapitel um die großen Sprachschlachten geht, darf die Rechtschreibreform nicht fehlen. Dies betrifft schon die erste, noch im 19. Jahrhundert vorbereitete Reform, die sich parallel zu den ersten Jahrzehnten der Ausformung des Deutschen Kaiserreichs vollzog und 1902 zu einer Regelung führte, die fast das gesamte 20. Jahrhundert über mit nur kleineren Änderungen Gültigkeit behielt. Bis in die Gegenwart aber wirken sich die erbittert geführten Auseinandersetzungen zur Rechtschreibreform von 1996 aus – die Forderung nach einer Rückkehr zur alten Rechtschreibung lässt sich sogar noch im aktuellen Parteiprogramm der NPD finden²³.

Die Reform war seinerzeit von einem »Internationalen Arbeitskreis für Orthographie« noch vor der Wende von 1989 in Angriff genommen worden. Ziel war es, das Regelwerk zu systematisieren – einige radikalere Vorschläge, etwa die Großschreibung von Substantiven abzuschaffen, konnten sich nicht durchsetzen und wurden schnell fallen gelassen. Zudem wurden Freiräume für Schreibvarianten geschaffen, die Schreibung nach dem Stammprinzip konsequenter umgesetzt und in vielen Fällen versucht, die Schreibung von Fremdwörtern stärker ins orthografische System des Deutschen zu integrieren. Problematisch an diesem Reformansatz war es, dass die Reform aus der Innenperspektive der Sprachwissenschaft heraus betrieben wurde, während die schulische, die publizistische oder die allgemeine private Schreibpraxis nur eine untergeordnete Rolle spielte. Außerdem stimmten einige der linguistischen Annahmen nicht, was auch zu erheblicher fachlicher Kritik führte. Seinerzeit lagen noch keine so umfangreichen Forschungen zum orthografischen System des Deutschen vor, wie es heute der Fall ist.²⁴

Nachdem die Reform durch Zustimmung der verschiedenen staatlichen Gremien (in Deutschland der Kultusministerkonferenz) in Kraft getreten war und zwischen den angepassten Neuauflagen häufig genutzter Wörterbücher erhebliche Unterschiede erkennbar wurden, begann ein Sprachkampf, der allein 1997 zu 30 Gerichtsverfahren, 1998 zu einer Verfassungsbeschwerde und in Schleswig-Holstein sogar zu einem Volksentscheid führte. Dabei ging es um allgemeine Zuständigkeitsfragen und die verpflichtende Anwendung der neuen Regeln im Bereich der Schule, es wurde aber auch die Frage gestellt, ob es überhaupt einer staatlichen (Neu)regelung der Rechtschreibung bedurft hätte. Verlage machten den Aufwand einer Anpassung an die neue Rechtschreibung geltend, Autorinnen und Autoren fühlten sich gegängelt, die Lehrerschaft als diejenigen, die die Reform »auszubaden« hätten, sich übergangen. Hinzu kamen grundsätzliche Kritikpunkte: Die Sprache habe sich seit 1902 kaum geändert, und das Schreiben sei nicht die einzige Verwendungsweise von Schriftsprache, die zu berücksichtigen sei, auch die Praktikabilität der Orthografie für das Lesen müsse bedacht werden. Als dann sogar noch die Frankfurter Allgemeine Zeitung nach anfänglicher Umsetzung der Reform im Jahr 2000 zur alten Rechtschreibung zurückkehrte, dem später auch noch die Axel Springer AG, der Spiegel-Verlag und weitere Verlagshäuser folgten, drohte die Einheitlichkeit der deutschen Rechtschreibung buchstäblich unterzugehen. Auch innerhalb der Germanistik wurde der Kampf offen ausgetragen.

Der unglückliche Verlauf der ersten Reformphase führte dazu, dass einige der Regeländerungen, die auf besonders großen Protest gestoßen waren, zurückgenommen oder als optional deklariert wurden. Auch die Zwischenstaatliche Kommission aus Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern wurde vom weitaus breiter ausgelegten Rat für deutsche Rechtschrei-

bung abgelöst. 2006 trat die revidierte Fassung der amtlichen Regelung in Kraft, und mit ihr wurde auf diesem Kriegsschauplatz ein Waffenstillstand erzielt. Nach und nach stellten auch die Verlage, die der Reform zunächst ablehnend gegenüberstanden hatten, ihre Hausorthografien auf die neue Regelung um. Der Rechtschreibrat beobachtet seitdem ohne großes Medienecho den Schreibusus in den deutschsprachigen Ländern und Regionen und spricht in seinen Berichten alle sechs Jahre Empfehlungen für moderate Anpassungen des Regelwerks und der Wörterliste aus. Nur der Genderstern hat in letzter Zeit zu heftigeren Emotionsauschlägen geführt – warum das in diesem Fall so war und ist, sehen wir uns im nächsten Kapitel genauer an.

Der Rechtschreibkampf geht in die Verlängerung

Bis heute allerdings sind die Wunden, die die Kämpfe geschlagen haben, bei manchen noch immer nicht verheilt. Zum zwanzigsten Jahrestag der Reform am 1. August 2018 etwa erschien in der FAZ unter dem Titel »Ein Unglück der Sprachgeschichte. 20 Jahre Rechtschreibanarchie« ein Kommentar der Bildungsredakteurin Heike Schmoll, der in Hinsicht auf den alten Kampfgeist nichts zu wünschen übrig ließ.²⁵ So behauptet sie, dass von Anfang an klar gewesen sei, »dass der Versuch, die deutsche Rechtschreibung zu vereinfachen, schiefgehen würde.« Die »Rechtschreibmisere oder auch Rechtschreibanarchie, die sich inzwischen unter Schülern, Studenten und vielen Schreibenden ausgebreitet hat«, sei auf das amtliche Regelwerk zurückzuführen. Ob es diese Anarchie überhaupt in dieser Form gibt, ob die zu beobachtende Varianz nicht vielleicht eher grundlegenden Veränderungen von Schreibsituationen durch die Digitalisierung geschuldet ist, ob nicht vielleicht

auch allgemeine Bildungsfragen, Fragen der Lehrerbildung oder der Deutsch-Curricula zu adressieren sind, spricht sie dabei nicht an.

Die Leserkommentare zu der Online-Version des Artikels dokumentieren Meinungen zu der Rechtschreibreform, die weit über die sprachlichen Fragen hinausgehen, die damit ursprünglich verbunden waren. So wird von einem ersten Versuch, die Menschen im Land »von oben« gefügig zu machen, gesprochen oder von einem Vereinfachungsprogramm, bei dem es darum gehe, einer antiautoritären Bildungsauffassung in der Schriftsprache durch Zerstörung einer gewachsenen Schreibtradition Geltung zu verschaffen, wofür eine »linksgrüne« Politik verantwortlich sei. (Die Reform wurde in Deutschland vollständig in der Zeit der schwarz-gelben Bundesregierung unter Helmut Kohl vollzogen.) Manche Kommentare bringen politiker- und elitenfeindliche Ressentiments zum Ausdruck, andere jedoch verweisen auch auf die Bedeutungslosigkeit des Themas an sich oder auf tatsächliche Vereinfachungen, die die Reform erbracht habe.

Wenn es um Rechtschreibung geht, ist auch der Duden nicht fern. Zwar hat dieser bereits seit der Verabschiedung der Rechtschreibreform 1996 nicht mehr den staatlichen Auftrag, die Orthografie zu regeln, doch wird die Auswahl der Wörter im Duden-Rechtschreibwörterbuch oftmals als eine Festlegung darüber missverstanden, was zum Wortschatz der deutschen Sprache gehört und was nicht. Auch wenn die Dudenredaktion immer wieder betont, dass ihre Auswahl allein nach rein sachlichen Kriterien – etwa dem der Gebrauchshäufigkeit oder der Rechtschreibschwierigkeit – geschieht, wird ihr genauso häufig unterstellt, mit dieser Auswahl eine Absicht zu verbinden. Ein beliebter Topos ist es dabei, einen Zusammenhang mit George Orwells Roman »1984« herzustellen, in dem durch eine re-

gulierte Sprachvariante namens »Neusprech« das Denken der Menschen beeinflusst werden soll. In einem Beitrag auf »Tichys Einblick« – einem jener Online-Magazine, die sich als Teil einer alternativen, noch nicht durch die Mainstream-Medien »gleichgeschalteten« Gegenöffentlichkeit verstehen – schreibt der schon zuvor erwähnte Josef Kraus zur im August 2020 erschienenen Neuauflage des Rechtschreibdudens:

George Orwell hätte sich 1948, als er »1984« schrieb, wohl eher nicht träumen lassen, dass seine Dystopie siebzig Jahre später bereits ein- bzw. überholt ist.²⁶

Nur, um was für eine Absicht handelt es sich, die der Duden verfolgt? Kraus hat dazu eine klare Meinung. In seinem Beitrag unterstellt er der Dudenredaktion, dass neu aufgenommene Begriffe wie »bienenfreundlich«, »Flugscham«, »Hate-speech«, »Geisterspiel«, »Lockdown«, »Herdenimmunität«, »Gendersternchen« und das durchaus rechtschreibschwierige »Cisgender« nicht etwa wegen ihres gegenwärtig nachweisbaren Vorkommens aufgenommen worden seien, sondern um sich »nicht den Vorwurf machen [zu] lassen, hinter aktuellen gesellschaftlichen (oktroierten!) Debatten um Klimawandel, Corona, Rassismus und Co. hinterherzuhinken.« Zusammen mit der (aus linguistischer Sicht übrigens nicht zutreffenden) Neusprech-These wird die Wortauswahl so auf direktem Wege zu einem Politikum erklärt, gegen das man Widerstand leisten sollte:

Die herkömmlichen Parteien lassen all dies geschehen. Die Damen und Herren »Volksvertreter« scheinen nicht mehr zu wissen, dass die Sprache dem Volk und nicht irgendwelchen Sprach-»Wissenschaftlern« oder Redakteuren gehört. Die einzige Partei, die gegen zumal ideologisch motivierte Sprachmani-

lichen Debatte oftmals auf den Genderstern oder das generische Maskulinum verkürzt wird.

Streng genommen muss man zwei miteinander verwandte, aber doch sachlich getrennte Diskurse voneinander unterscheiden. Das ist zum einen das Bemühen um die sprachliche Gleichstellung von Frauen, das sich im Wesentlichen bis zu den Anfängen der feministischen Linguistik in den 1970er-Jahren zurückführen lässt. Für dieses Anliegen weist die deutsche Sprache mit ihrem Genussystem grundsätzlich die Möglichkeit auf, den Sprachgebrauch in geeigneter Weise anzupassen, auch wenn es im Detail eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten gilt. Der Begriff der gendergerechten Sprache im engeren Sinne hingegen stellt die Auffassung der sozialen Konstruktion der Kategorie Geschlecht in den Mittelpunkt und will dabei auch die geschlechtliche Vielfalt zwischen den Polen von Weiblichkeit und Männlichkeit berücksichtigen. Für dieses Anliegen gibt es keine gewachsenen Strukturen in der deutschen Sprache, sodass die propagierten Lösungen für Personenbezeichnungen wie der Asterisk (»Genderstern«) in der Schriftsprache oder der glottale Verschlusslaut (Knacklaut wie in »Wählerinnen«) auch besonders deutlich in den Fokus der Auseinandersetzung geraten. Allenfalls das Neutrum oder bezüglich Genus oder Sexus unbestimmte Wörter lassen sich hier sprachlich direkt zuordnen.

Man muss demzufolge die Pro-und-Contra-Argumente danach differenzieren, auf welchen Diskurs sie sich beziehen.⁴⁴ Für die sprachliche Gleichstellung von Frauen etwa lassen sich einige plausible Gründe nennen: Formen im generischen Maskulinum wie »Wähler«, mit denen gleichermaßen auf Männer wie Frauen referiert wird, bewirken eine Verstärkung einer Vorstellung von Männlichem, die sich experimentell nachweisen lässt. Das »Mitmeinen« von Frauen, das in

Verwaltungstexten bis vor einiger Zeit gern konstatiert wurde, funktioniert also nur mit Einschränkungen.⁴⁵ Die Verwendung von femininen Formen verändert sogar Auswahlentscheidungen, etwa wenn es um die Zuordnung von Geschlechtern zu Berufen geht.⁴⁶ Zudem sollte man Menschen so ansprechen – so ein weiteres Argument –, wie sie angesprochen werden wollen, und selbst wenn viele Frauen in Meinungsumfragen zuweilen angeben, dass ihnen das Thema nicht sehr wichtig sei, so zeigen wiederum wissenschaftliche Befragungen, dass sie in konkreten Fällen mehrheitlich doch lieber in der weiblichen Form (»liebe Kundin« statt »lieber Kunde«) angesprochen werden wollen.⁴⁷

Immer wieder wird laienlinguistisch geltend gemacht, dass das Genus im Deutschen ja überhaupt nichts mit dem biologischen Geschlecht zu tun habe, sonst könne es ja nicht »das Mädchen«, »der Vamp« und »die Memme« heißen. Die Mainzer Sprachhistorikerin Damaris Nübling hat allerdings gezeigt,⁴⁸ dass derartige Genus-Verschiebungen durchaus einem Muster folgen: Der »unmännliche« Mann wird ins »Weibische«, ins Femininum verschoben (»die Memme«), die Frau, die nicht ihrem Rollenbild entspricht und damit provoziert, ins Maskulinum (»der Vamp«) und die meist junge Frau, der man die Eigenschaft des Frauseins ganz abspricht, ins Neutrum (»das Mädchen«, dialektal »das Annerl«). Das Genus im Deutschen kodiert zwar nicht das biologische – so die Schlussfolgerung –, wohl aber das soziale Geschlecht, also Gender, und von dieser Warte aus betrachtet sind ganz erstaunliche Muster und regelhaft verlaufende historische Prozesse zu erkennen, mit denen das biologische Geschlecht durch Sprache sozial überformt wird. Dies ist als historisches Erbe tief in den sprachlichen Strukturen des heutigen Deutsch enthalten. Ähnliches gilt für das generische Maskulinum. Dass es hier zu einem Wi-

derspruch zu der wahrgenommenen Realität einer geschlechtlichen Vielfalt kommt, ist evident.

Kritik an geschlechtergerechter Sprache

Auch die Gegenseite führt eine ganze Reihe von Argumenten ins Feld. Zentral dabei ist die Bewertung des generischen Maskulinums. Danach bezeichnet die maskuline Form (»die Wähler«) im Falle von Personengruppen keineswegs nur deren männlichen Teil. Sie sei vielmehr als die in Hinsicht auf das biologische Geschlecht unmarkierte Form zu verstehen, so dass dieses überhaupt nicht als solches benannt sei und deshalb keine Rolle spiele. Für diese Sichtweise kann man vor allem sprachhistorische und systematische Gründe geltend machen. Nur wenn eine explizit weibliche Form neben die im Maskulinum gebildete Form tritt, dann werde aus dem generischen ein spezifisches, den Sexus »männlich« bezeichnendes Maskulinum (»Wählerinnen und Wähler«). Hinzu kommen verschiedene Phänomene in der deutschen Sprache, in denen sichtbar wird, dass neben dem Maskulinum eine andere Genusform überhaupt nicht gebildet werden kann. Beim Fragewort »wer« ist das beispielsweise der Fall: »wer« transportiert das Genus Maskulinum, was in Sätzen wie »*Wer* möchte von *seiner* Schwangerschaft erzählen?« sichtbar wird. Eine feminine Form von »wer« gibt es nicht. Die Studien zur Genus-Sexus-Abhängigkeit, so ein weiterer Kritikpunkt, würden methodische Schwächen aufweisen oder ganz an der Sache vorbeigehen, sodass das generische Maskulinum dadurch keineswegs in Frage gestellt werde.

Bestrebungen zur sprachlichen Kenntlichmachung der Geschlechter werden aus dieser Perspektive mit dem Argument abgelehnt, dass damit ein unzulässiger Eingriff in das fein aus-

4 EIN KAMPFVERBAND: DER »VEREIN DEUTSCHE SPRACHE«

Wenn man Germanistik studiert hat und in der Sprachwissenschaft arbeitet, kommt man mit dem Verein Deutsche Sprache (VDS) nicht sehr oft in Kontakt. Nur von Ferne nimmt man die verschiedenen Aktionen des Vereins als ein Hintergrundrauschen wahr, das es in dieser oder ähnlicher Form auch bei anderen wissenschaftlichen Disziplinen gibt. Ob nun der ADAC für den Verkehrswissenschaftler, der Verband kritischer Kleinaktionäre für die Betriebswirtin oder der VDS für den Linguisten – es gibt für eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler zumeist wenig Anlass, sich mit derartigen Vereinen näher zu befassen. Allerdings sollte man wissen, dass sie sehr einflussreich sein können.

Eine Beilage in »Forschung & Lehre«

Für mich selbst endete dieses Nichtverhältnis zum VDS nicht erst am Leibniz-Institut für Deutsche Sprache als einem der sprachpolitischen Akteure, der sich mit diesem Verein auseinandersetzen hat, sondern bereits im Sommer 2016. Anfang Juli jenen Jahres war eine neue Ausgabe von »Forschung & Lehre« erschienen, einer Zeitschrift, die vom Deutschen Hochschulverband in einer Auflage von mehr als 30 000 Exemplaren herausgegeben wird.¹⁰¹ Beim Hochschulverband handelt